

Jasna Čaušević

**Grußwort bei der Gedenkveranstaltung des gemeinnützigen Vereins *Fördergemeinschaft für eine Ökumenische Gedenkstätte für Genozidopfer im Osmanischen Reich (FÖGG) e.V.***

(Eine Gedenkveranstaltungen für die in Berlin ansässigen Gemeinschaften bzw. Nachfahren der Opfer des Genozids (1912 -1922 verübt unter osmanischer Herrschaft)

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Tessa Hofmann,**

vielen herzliche Dank für die Einladung, heute in diesem würdigen Rahmen im Namen der *Gesellschaft für bedrohte Völker* (GfbV) ein Grußwort zu sprechen.

Historiker betrachten das 20. Jahrhundert als „Jahrhundert der Massenmorde“. Das ist sicher richtig, doch die Kette der Genozide reißt auch im 21. Jahrhundert nicht ab.

Mein Name ist Jasna Causevic. Ich komme von einer Menschenrechtsorganisation, der *Gesellschaft für bedrohte Völker*, die 1968 als Reaktion auf den Genozid in Biafra gegründet wurde. Bis heute widmen wir unsere Menschenrechtsarbeit dem Kampf gegen Völkermord und Vertreibung, Verfolgung und Diskriminierung ethnischer und religiöser Gemeinschaften.

Wir machen immer wieder darauf aufmerksam, wie wichtig die Entwicklung einer Erinnerungskultur nach den Genoziden ist. Wie dringend wir den Betroffenen zuhören müssen. Und dass die Mehrheitsgesellschaften von falschen Selbstbildern zurücktreten und sich den wahren Begebenheiten öffnen müssen.

Die Erinnerung an den Genozid an den Armeniern darf nicht enden. Sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Das ist der Verdienst dieser Fördergemeinschaft in Berlin. Das Erinnern soll Trauer über Leid und Verlust einen Platz geben, der Opfer gedenken und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.

Genozid ist keine Naturkatastrophe, kein schicksalhafter, unvermeidbares Ereignis. Völkermorde werden von Menschen begangen, von skrupellosen Regimen, von brutalen Diktaturen, von fanatisierten Bewegungen und Parteien.

Genozid, Massenvergewaltigung und Vertreibung geschehen auch, weil allzu oft die internationale Öffentlichkeit schweigt. Weil einzelne Medien, Parteien, verantwortliche Politiker und internationale Unternehmen die Verbrechen kleinreden, totschweigen oder die Täter gar unterstützen.

Genozide sind in der Vergangenheit bis in die Gegenwart so oft vorgekommen, dass sie nicht unerklärlich sind. Sie können vorsehbar sein. Das verpflichtet uns alle zur Wachsamkeit – auch und vor allem im sogenannten Westen.

Es gibt Indikatoren, die uns eine Eskalation der Gewalt gegen eine bestimmte ethnische oder religiöse Gruppe erwarten lassen. Hassrede gehört dazu, organisierte Hetzkampagnen, vor allem von staatlicher Seite. Fortlaufende Diskriminierung im Alltag, oder bei Behördengängen. Besonders in Staaten mit schwachen Institutionen können solche Voraussetzungen leicht in mörderische Gewalt umschlagen. Die Politikwissenschaft beobachtet in den letzten Jahren einen demokratischen Rückgang und einen aufstrebenden Autoritarismus. Diese Entwicklung muss uns schwer besorgen.

Denn eigentlich waren es die Staaten des sogenannten Westens, die einen Genozid „nie wieder“ geschehen lassen wollten. Die Vereinten Nationen sollten den institutionellen Rahmen dafür bieten. Doch diese Institutionen haben nie perfekt funktioniert. Derzeit funktionieren sie gar nicht: China und Russland lähmen gemeinsam den Weltsicherheitsrat. Die UN-Missionen bringen selten Besserung. Die USA sind weitgehend mit sich selbst beschäftigt, die EU spricht von Werten, handelt aber nur nach wirtschaftlichen Interessen.

Das Schicksal der Armenier in Bergkarabach, betrachtet im Kontext der genozidalen Vergangenheit des armenischen Volkes im Osmanischen Reich (1915-1916) und seiner Nahfahren im Exil, muss eine schwere mentale Last sein, die immer wieder eine Retraumatisierung triggern kann. Ein Ende ist nicht in Sicht:

Beide Kriege in der Krisenregion Bergkarabach (1992-1994) und 2020 hat unsere Organisation dokumentiert, auch mit der Expertise von Tessa Hofmann mit den Pressemitteilungen, Veranstaltungen etc. an die Öffentlichkeit gebracht. Denn bei den militärischen Konfrontationen um Bergkarabach wurden Schätzungen zufolge seit den 1990er Jahren etwa 30 000 Menschen getötet und die internationale Gemeinschaft schaut zu. Die Blockade durch Aserbaidshaner seit Dezember für 120 000 Menschen, darunter 30 000 Kinder, und ihre Familienangehörigen, Knappheit an Lebensmitteln, Babynahrung und Medikamenten für Menschen in Bergkarabach zeigt Elemente des Völkermordes nach der Völkermordkonvention 1948 und ist ein grober Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht. Über die Folgen des Konflikts schweigen Brüssel und Berlin.

Es handelt sich um Doppelstandards im Bereich der Menschenrechte, die selbst von der EU angewandt werden. Selbst die Europäische Kommission sieht neben den Gaslieferungen in der Absichtserklärung im Juli 2022 mit Aserbaidshans Präsident Ilham Aliyev vor, enger bei Erneuerbaren Energien mit Aserbaidshan zusammenzuarbeiten.

Russland verwaltete, so sehen es die Beobachter im Südkaukasus, lange Jahre einen Zustand der kontrollierten Instabilität mit ungewissen strategischen Folgen.

Die GfbV kritisierte im Oktober 2020 die Lieferung israelischer Drohnen an Aserbaidshan, die gegen Zivile in Bergkarabach eingesetzt wurden. Wir forderten, ein Ende sämtlicher Waffenlieferungen, den Rückzug aller ausländischen Truppen, Söldner und Militärarbeiter sowie eine internationale Schutzgarantie für die Menschen in der Region. Die bewaffneten autonomen Flugzeuge erhielten auch deutsche „Dual Use-Güter“-Technik, die sowohl zivil, als auch militärisch genutzt werden kann. Medienberichten zufolge stammen 60 Prozent der aserbaidshansischen Drohnen aus israelischer Produktion, auch die Türkei liefert solche Waffen. Im Auftrag der Türkei kämpften tausende syrische Söldner auf der Seite Aserbaidshans.

### **Was können wir machen?**

Was bleibt, wenn von den großen internationalen Organisationen wenig zu erwarten ist? Eigentlich nur die Zivilgesellschaft. Engagierte Menschen wie Sie, die das Gedenken an Verbrechen der Vergangenheit hochhalten. Das Geschehene aufarbeiten: Das scheint in der Diaspora oft besser zu funktionieren als vor Ort. Dadurch kommt der Diaspora eine wachsende Bedeutung zu.

Und noch etwas geht: Naming, shaming, blaming, wie man auf Englisch sagt. Also: Die Verantwortlichen und auch die Untätigen benennen. Ihnen laut und deutlich ins Gesicht sagen, wo sie Schuld auf sich laden. Und kompromisslos Besserung verlangen.

Verfolgung, Vertreibung und Völkermord – all das passiert zwar jeden Tag. Aber wir dürfen es niemals als Normalität akzeptieren. Verbrechen bleiben Verbrechen. In der Vergangenheit wie in der Gegenwart. Das Vermächtnis aller Opfer von gestern muss uns Ansporn sein, den Opfern von heute zur Hilfe zu kommen. Auf allen Kontinenten und in allen politischen Systemen, wo immer Menschen vernichtet werden. Zurückliegendes Leid können wir nicht ungeschehen machen. Doch indem wir es ernst nehmen, können wir künftiges Leid wenigstens teilweise verhindern.

Vielen Dank.

Berlin, den 23. April 2023